

Nach den Wahlen in Deutschland: Die deutsch-slowakischen Beziehungen und die Perspektiven der EU-Erweiterung

KONZEPT FÜR EINE REDE DES NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN IN BRATISLAVA

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Konrad-Adenauer-Stiftung! Sie werden von mir nach den Wahlen in Deutschland sicher erwarten, dass ich Ihnen eine Perspektive für eine deutsche bürgerliche Regierung aufzeige. Erst einmal möchte ich den Erwartungs- und Handlungsdruck in vier Bereichen erläutern:

Die sozialen Sicherungssysteme für die Kranken- und Rentenversicherung müssen so umgebaut werden, dass sie auch noch der nächsten und übernächsten Generation zur Verfügung stehen.

Das zu komplizierte und ineffektive deutsche Steuersystem muss vereinfacht und so gestaltet werden, dass es die Unternehmen nicht aus Deutschland her austreibt. Da unser Staatshaushalt über 3 Jahre hinweg das EU-Defizitkriterium von höchstens 3 Prozent nicht einhält und auch für 2005 nicht einhalten kann, bleibt kaum ein Spielraum für Steuergeschenke.

Das Arbeitsrecht muss so reformiert werden, dass es nicht mehr Neueinstellungen behindert sondern befördert. Dabei geht es nicht darum, den Arbeitnehmern Schutzrechte wegzunehmen, sondern einen Beitrag zu leisten, um die größte Verletzung von Arbeitnehmerinteressen zurückzufahren: nämlich die Arbeitslosigkeit.

Politische Entscheidungen in Deutschland müssen schneller getroffen und schneller umgesetzt werden. Dazu zählen die Reform des deutschen Föderalismus, die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern der Abbau von Bürokratie und die Entschlackung rechtlicher Regelungen.

Allein an diesen 4 Bereichen – von anderen wie z.B. im Bereich der Energiepolitik will ich gar nicht reden – vernünftige und durchgreifende Reformen durchzusetzen, wird eine Herkulesaufgabe. Wenn sie wirklich angepackt und gemeistert würde, wäre das eine „große Koalition“ wert.

Die deutsch-slowakischen Beziehungen sind traditionell freundschaftlich. Auf allen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden, Parteien – gibt es zahlreiche deutsch-slowakische Kontakte. Wir fühlen uns als enge Partner in der EU. Deutschland liegt an 1. Stelle bei den Importen und den Direktinvestitionen in die Slowakei.

Niedersachsen und die Slowakei verbindet natürlich Volkswagen und Conti, um nur einige zu nennen, auch sieben Schulpartnerschaften, neun Comenius Projekte und sieben Hochschulkooperationen.

Wir sind bereit, auf allen Ebenen unsere Verbindungen auszubauen. Dabei geht es uns nicht nur um wirtschaftliche Projekte sondern auch um Kunst, Wissenschaft und Kultur.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SLOWAKEI

CHRISTIAN WULFF

Oktober 2005

www.kas.de/slowakei

www.kas.de

Ich bin in die Slowakei als Lernender gekommen. Wir hören viel in Deutschland über Ihr einfaches Steuersystem, niedrige Steuern und das Wirtschaftswunder Slowakei. Die Bewertungen reichen vom „Musterknaben“ bis zum „neuen Bösewicht“ in der EU. Angela Merkel und ich haben zu Hause die öffentliche Kritik an der Slowakei wegen des angeblichen Steuerdumpings zurückgewiesen. Die florierende slowakische Wirtschaft kommt der EU ja insgesamt zugute und die deutschen Investitionen in der Slowakei sichern auch in Deutschland Arbeitsplätze und Wirtschaftsleistung.

Außerdem kommt die Kritik von denjenigen, die bisher wenig Mut bei der Reform des Steuersystems und der sozialen Sicherungssysteme gezeigt haben. Hier gilt, dass zuerst einmal die eigenen Hausaufgaben zu machen sind.

Die Slowakei ist einer von den neuen EU-Mitgliedstaaten, der die EU-Beitrittsvoraussetzungen als Chance zielsicher aufgegriffen und bisher mit großem Erfolg genutzt hat. Die eingeleiteten Reformen sind nicht nur Wegbereiter des EU-Beitritts sondern gehen weit darüber hinaus. Das Reformprogramm der Slowakischen Regierung beim Staatshaushalt, Steuersystem und der sozialen Sicherung zeigt seine positiven Wirkungen in der wirtschaftlichen Entwicklung:

Seit 1999 konnte die rückläufige Wachstumsquote umgedreht werden und liegt bei ca. 5 Prozent. Die Kreditwürdigkeit bei den langfristigen Verbindlichkeiten wurde von den internationalen Ratingagenturen angehoben und die ausländischen Direktinvestitionen haben sich seit 2000 bis heute fast verdreifacht.

Fazit: Die Slowakei hat sich in der EU hervorragend platziert und gut aufgestellt für die auf uns zukommende nächste Erweiterungsrunde der EU mit Rumänien und Bulgarien. Als konservativer und christdemokratischer Politiker weiß ich, dass eine lebendige und zukunftsexistierende Gesellschaft eine solide finanzielle und wirtschaftliche Basis braucht. Der tatsächliche Erfolg einer solchen Wirtschafts- und Finanzpolitik muss

sich mittelfristig nicht nur in Zahlen prozentualen Wachstums zeigen, sondern auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Linderung sozialer Not. Christdemokraten werden in Deutschland von den Arbeitnehmern mehr gewählt als Sozialdemokraten. Wer dieses Vertrauen behalten will, wird seine Politik auch darauf ausrichten müssen.

Ich komme gerade aus Rumänien und kann Ihnen berichten, dass Rumänien, was die Reform des Steuersystems angeht, ein gelehriger Schüler der Slowakei sein wird mit ca. 16 Prozent Einkommens- und 19 Prozent Mehrwertsteuer.

Für Deutschland sind sowohl die Steuersätze der Slowakei als auch die von Rumänien utopische Zukunftsmusik. Gern würde ich in der anstehenden Diskussion von Ihnen erfahren, wie Sie die rumänischen Anstrengungen bewerten und ob und welche Konsequenzen Sie daraus ziehen wollen. Konkret: Müssen wir nicht befürchten, dass am Ende ein die Staatshaushalte ruinierender Steuersenkungswettbewerb einsetzt. Mit dem Thema künftige Erweiterung der EU verbindet sich in Deutschland kaum noch Euphorie sondern Irritation. Die ist schade, weil die Erfahrungen mit den bisherigen Erweiterungen eher gezeigt haben, dass sich für alle positive Chancen aufboten und insgesamt die neuen EU-Staaten eine Bereicherung für uns waren. Aber so irrational die geänderte Stimmungslage auch sein mag, wir müssen sie beim weiteren Vorgehen berücksichtigen.

Diese Entwicklung hat mit einer tiefen Verunsicherung der Menschen in Westeuropa über den weiteren Weg der Europäischen Union zu tun, wie dies in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden über den geplanten EU-Verfassungsvertrag zum Ausdruck gekommen ist. Dabei geht es z.B. um die Frage, die Wolfgang Schäuble mit folgender Aufforderung umschrieben hat: „Die Europäische Union sollte über ihre Grenzen nachdenken.“

Die Grenzfrage war in der Vergangenheit nie ein Problem, weil offenkundig war, dass die EWG der sechs genauso wenig Europa

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

SLOWAKEI

CHRISTIAN WULFF

Oktober 2005

www.kas.de/slowakei

www.kas.de

war, wie die EU der 15 nach ihrer Nord- und Süderweiterung. Jetzt aber mit der fast vollzogenen Osterweiterung wird die Frage der Grenze aktuell, zumal wir mit weiteren Beitrittskandidaten - wie beispielsweise der Türkei – Europa geographisch, traditionell und kulturell hinter uns lassen würden. Hinzu treten aus dem Bereich der Länder der früheren Sowjetunion weitere Staaten wie die Ukraine oder Georgien, die ebenfalls an die Türen der EU pochen.

Undurchsichtig bleibt außerdem, wie die Schwerpunkte der EU-Struktur- und Regionalförderung gesetzt werden sollen. Wie sollen die gleich oder geringer werdenden Finanzmittel aus den bisherigen Geberländern auf die vielen neuen bedürftigen Mitgliedstaaten verteilt werden?

Die Menschen nicht nur in Deutschland fragen: Wo soll die Reise hingehen? Da diese Frage weder von der EU noch von ihren Mitgliedstaaten bisher klar beantwortet wird, greift Unsicherheit um sich, die verstärkt wird durch die Ungewissheit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Furcht, die eigene Identität zu verlieren. Gerade wer die Osterweiterung vollenden will – und Deutschland hat wie die Union nie einen Hehl daraus gemacht, die antreibende Nation zu sein – muss diese zugegebenermaßen schwierigen Klärungen herbeiführen. Wir müssen den Menschen die abschließenden Ziele der Erweiterung nennen, das Subsidiaritätsprinzip in der EU durchsetzen und eine positive Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung bieten.

Mich interessiert, wie Sie die Stimmungslage in der Slowakei zu den geplanten EU-Erweiterungen einschätzen und was nach Ihrer Auffassung über den von der Türkei angestrebten Beitritt gedacht wird sowie über weitere Wünsche wie die der Ukraine, Georgiens etc.?

Ich freue mich auf eine lebhaftige Diskussion, bedanke mich bei der KAS für ihr Engagement und bei allen für ihre Aufmerksamkeit.